

# Laibacher Zeitung.



Nr. 267.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Dienstag, 22. November

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1870.

## Ämtlicher Theil.

Auf Allerhöchste Anordnung wird für weiland Ihre königliche Hoheit Maria Amalia Louise Henriette, Prinzessin von Orleans, Infantin von Spanien, die Hoftrauer den 20. d. M. angezogen und durch acht Tage ohne Abwechslung getragen werden.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 13. November d. J. dem mit dem Titel und Charakter eines Sectionsrathes bekleideten Ministerialsecretär Wilhelm Grognet d'Orleans eine systemisirte Sectionsrathsstelle und dem mit dem Titel und Charakter eines Ministerialsecretärs bekleideten Ministerialconcipisten Norbert v. Rupprecht-Purkhart eine systemisirte Ministerialsecretärstelle im Finanzministerium allergnädigst zu verleihen geruht. Holzgethan m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 8. November d. J. den außerordentlichen Professor am polytechnischen Institute Dr. Julius Wiesner zum ordentlichen Professor der Naturgeschichte und Physiologie und den Dr. Arthur Freiherrn v. Seckendorf-Gudent zum ordentlichen Professor der Forstbetriebseinrichtung und Taxation an der Forstakademie in Mariabrunn allergnädigst zu ernennen geruht. Petrinó m. p.

Der Ministerpräsident und Leiter des k. k. Landesvertheidigungsministeriums hat den Hilfsämterdirectionsadjuncten Stanislaus Schanzer zum Hilfsämterdirector und den Officialen Jakob Feuniker zum Hilfsämterdirectionsadjuncten in diesem Ministerium ernannt.

Der Justizminister hat die Landesgerichtsadjuncten Constantin Weinberger in Wien und August Buchberger in Salzburg zu Rathsecretären, und zwar ersteren bei dem Kreisgerichte Krems und letzteren bei dem Kreisgerichte Steyr ernannt.

Der Justizminister hat die Bezirksgerichtsadjuncten Franz Frank von Groß-Enzersdorf und Anton Alram von Perg über ihr Ansuchen nach Ober-Hollabrunn übersezt und die Bezirksgerichtsadjunctenstellen in Groß-Enzersdorf und Perg, erstere dem Auscultanten Christian Fischbach und letztere dem Auscultanten Dr. Joseph Reitlechner verliehen.

## Nichtamtlicher Theil.

### Politische Uebersicht.

Laibach, 21. November.

Das „Prager Abblt.“ bringt folgendes, ihm aus Wien zugewommene Dementi:

„In einem Wiener Blatte wurde jüngst gemeldet, der Herr Ministerpräsident Graf Potocki habe sich in einer Sitzung des Adreßausschusses des Abgeordnetenhauses dahin geäußert, daß ihm einige Mitglieder der böhmischen Declarantenpartei die Zusage gegeben hätten, im Reichsrathe zu erscheinen, diese ihre Zusage jedoch gebrochen hätten. Wie wir von verlässlicher Seite erfahren, hat der Herr Ministerpräsident eine derartige Aeußerung gar nicht gethan. Damit entfällt auch die Nothwendigkeit, auf die Aufforderung eines Prager Blattes, Herr Graf Potocki möge die Namen jener wortbrüchigen Declaranten nennen, auch nur mit einem Worte zu erwidern.“

„Warr. Corr.“ schreibt über die Lage, wie sie sich seit Eröffnung des Reichsraths darstellt:

„Die Häupter der Deutschen in Böhmen und Mähren waren es, welche zu einer Zeit den Bestand des Ministeriums Schmerling untergruben. Uebrig in den meisten Dingen, finden wir jetzt dennoch, daß der erste Führer der Deutschen in Oesterreich sich mit den späteren Führern, die ihn stürzen halfen, zu dem Zwecke verbunden hat, um dem Ministerium Potocki ein Mißtrauensvotum zu votiren. In dieser Thatsache liegt die Signatur der heutigen politischen Situation in Oesterreich. Es gibt allerdings bei uns Fusionen der Parteien oder Coalitionen derselben, aber nur zu dem Zwecke, um niederzureißen, und nicht zu dem Zwecke, um aufzubauen. Nichts ist leichter, als zwei oder drei Fractionen unseres Parlamentes zum Angriffe auf eine Re-

gierung zu einigen; nichts ist schwerer, als sie zu dem Zwecke zusammenzuschließen, um eine Regierung zu bilden. Was die Engländer a good working majority nennen, eine Majorität, um die wirklichen Arbeiten einer Regierung mit Kraft und Energie zu vollenden, das ist bei uns noch immer ein unerreichbares Problem geblieben. Das Ministerium Potocki hat es allerdings nicht zu lösen vermocht; aber wo sind die Staatsmänner zu finden, welche die Hindernisse, die dieser Aufgabe entgegenstehen, in glänzender Weise zu besiegen verstehen? Hätten wir nur zwei Parteien im Lande, so würde schon nach den Regeln der Arithmetik sich eine Majorität bilden müssen. Aber wir haben deren so viele, daß das parlamentarische System, welches ohne eine verlässliche Mehrheit ein undurchführbares und unhaltbares ist, seine Functionen nicht in regelmäßiger Weise verrichten kann. Wir harren noch immer eines Staatsmannes, wie des Grafen Andrássy in Ungarn, der eine compacte Majorität in energischer Weise zusammenhalten kann, ohne den ungeheuren politischen Fehler zu begehen, ihr eine exclusiv nationale Bezeichnung zu geben. In Wahrheit gebührt Vielen von denen, die ein Mißtrauensvotum aussprechen, selbst ein solches. Denn sie haben nicht die große Kunst des Parlamentmannes an den Tag gelegt, Nebensachen von Hauptsachen zu scheiden und in den letzteren sich so entschlossen zu einigen, um eine mächtige Parteibildung entstehen zu lassen.

Wer Meister der letzteren Kunst ist, den wird das Land gelten lassen, wie Ungarn den Grafen Andrássy gelten läßt. Bis dahin aber ringt jede Regierung mit unüberwindlichen Schwierigkeiten, und der Staat gewinnt nichts dabei, wenn ein Cabinet, das nur dann und wann eine unerquicklich kleine Majorität für sich hat, abtritt, damit sofort ein anderes Cabinet in dieselbe Lage gerathe. Nebenbei wollen wir bemerken, daß die Nachricht eines hiesigen Blattes von der Demission des Ministeriums Potocki der Begründung entbehrt, und wohl nur „frommen Wünschen“ seine Entstehung verdanken mag.“

In der russischen Streitfrage macht sich allmählig eine ruhigere Auffassung geltend. Die Ueberzeugung, daß der drohende Kriegsfall in eine Diplomatenconferenz oder einen Congreß auslaufen werde, bricht sich immer mehr Bahn. Alle namhaften Wiener Blätter haben sich bereits in diesem Sinne ausgesprochen, und nun wird auch der „Presse“ über Belgrad, 19. November, aus Constantinopel gemeldet, daß die Gemüther sich immer mehr beruhigen. Rußland biete Garantien für die Erhaltung des Friedens, an kriegsrische Verwicklungen werde nicht mehr geglaubt. Aus Florenz, 18. November, wird gemeldet, daß die diplomatische Correspondenz zwischen den Unterzeichnern des Pariser Vertrages von 1856 fortduert. Die „Opinione“ sagt, daß bisher noch nicht beschlossen worden sei, eine Collectivnote nach Petersburg abzusenden. Die englischen Blätter stimmen trotz aller Verschiedenheit der politischen Gesinnung in der Ueberzeugung überein, daß England die Erklärung Rußlands nicht einfach hinnehmen und auf sich beruhen lassen könne. „Morning Post“ zollt bei diesem Anlasse der von der österreichisch-ungarischen Regierung bekundeten Festigkeit warme Anerkennung, und der „Standard“ meint, daß Rußland sich in der Stimmung des englischen Volkes irre. Wie die Frage jetzt gestellt worden, komme die Ehre Englands mit ins Spiel und auf diesem Gebiete könne es nur Eine Antwort geben, nämlich die, daß die Verträge aufrecht erhalten werden müssen. Eine im solchen Sinne gegebene Antwort werde auch am sichersten dem Kriege vorbeugen. „Morning Post“ hebt hervor, auf die Türkei könne man sich verlassen, sie habe die Gefahr vorhergesehen, ihre Armee gerüstet und brauche nur Geld. Die Meinung Preußens in diesem Conflict habe nur eine moralische Bedeutung, während Italien und Oesterreich sich willig zeigen, die durch einen schweren Krieg errungene Sicherstellung des Orients gegen Rußland festzuhalten. Oesterreich wisse, daß seine Interessen dabei im Spiele sind, und Italien werde nicht vergessen, daß es in der Krime seine politische Laufbahn als europäische Macht mit Glück eröffnet hat. Amerika's Parteilichnahme in einem europäischen Conflict wegen des Orients sei ein Hirngespinnst.

In einer Depesche an Brunnow legt Fürst Gortschakoff Nachdruck darauf, mit welcher Leichtigkeit der Vertrag vom Jahre 1856 abgeändert wurde. Das Gleichgewicht im Oriente wurde so zum Nachtheile Rußlands gestört, und es ist der einzige Zweck Rußlands, das Gleichgewicht wieder herzustellen. Dieser Entschluß schließt keine Aenderung der Politik Rußlands

im Oriente in sich. Gortschakoff constatirt die vollkommene Gleichheit der Ansichten Rußlands und Englands, welche ein Einverständnis erleichtern würde. Er hofft, diese Erklärungen werden jedes Mißverständnis beseitigen. Diese Depesche wurde Lord Granville vor der letzten Antwort desselben mitgetheilt.

Die „Kölnische Zeitung“ lobt in ihrem Leitartikel die Granville'sche Note an Gortschakoff und meint, ein europäischer Congreß würde jetzt gern Rußlands gerechtem Verlangen entsprochen haben. Nur Rußlands Eigenmächtigkeit sei tadelnswerth. An den Ausbruch eines Krieges mit Rußland glaubt die „Kölnische Ztg.“ trotzdem nicht, zumal Rußland an den 1856er Bestimmungen über die Gebietsabtretung nicht rüttle. Die Vertragsmächte, meint schließlich das Blatt, werden sich augenscheinlich mit Protesten begnügen.

### Die Adreßdebatte im Herrenhause.

(2. Tag. Sitzung vom 17. November.)

Da kein Redner zur Generaldebatte mehr vorgebracht ist, wird zur Spezialdebatte geschritten.

Absatz 1 und 2 des Adreßentwurfes werden ohne Debatte angenommen.

Zum Absatz 3, welcher die Reihe der die eigentliche Verfassungspolitik behandelnden Absätze der Adreß eröffnet, ergreift Graf Falkenhayn das Wort, um mit Hinweis auf den Standpunkt der Minorität einen Gegenantrag einzubringen.

Der Antrag lautet: Das h. Haus wolle beschließen, Absatz 3 des Adreßentwurfes habe zu lauten:

„Wenn die Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten durch die Ruhe nach außen wesentlich gefördert erscheint, so bedarf es doch zu deren fruchtbringendem Gedeihen zumeist der Segnungen des darum um so schmerzlicher noch vermifften inneren Friedens. Das Herrenhaus kann das tiefe Bedauern nicht unterdrücken, daß es den Bemühungen der Regierung Eu. Majestät nicht gelungen ist, diesen in den im Reichsrathe vertretenen Ländern herzustellen und die Vertreter sämtlicher berufenen Völker im Abgeordnetenhause vollzählig zu vereinigen. Wir beklagen dies um so mehr, als wir den Boden der Verfassung als den einzigen Weg erkennen, um die leider noch immer herrschenden Verfassungswirren einer glücklichen Lösung zuzuführen. Feststehend auf diesem Boden können wir jedoch den Buchstaben der Verfassung nicht in einer Weise auslegen, welche zum rücksichtslosen Centralisiren von Angelegenheiten führt, die füglich den einzelnen Ländern zu überlassen wären; am allerwenigsten aber das Bestreben billigen, ungleichartige Elemente nach einer gegebenen Schablone regieren und in für die Centralgewalt nicht unumgänglich nothwendigen Dingen allenthalben gleichförmige Institutionen ins Leben rufen zu wollen. Nach unserer Ueberzeugung war es vorzugsweise jenes Bestreben, welches an vielen Orten weitgehende, ja sogar gefährliche centrifugale Tendenzen nachgerufen hat. Nicht durch Centralisiren und Uniformiren läßt sich der Staat bewahren vor den Folgen von Gefahren, welche in ersten Zeiten an ihn herantreten, wenn andere Bürgschaften fehlen, die seinen festen Bestand zu sichern im Stande sind. Unter solchen Bürgschaften ragt Eine vor allen hervor: die Zufriedenheit der zu einem Staate vereinigten Völker. Diese anzustreben, muß die vorzüglichste Aufgabe jeder Regierung sein und bleiben.“

An der endlichen Erreichung dieses Zieles bei uns verzweifeln, hieße verzweifeln an der Zukunft unseres geliebten Gesamt Vaterlandes. Allerdings kann es nur allmählig im Wege der Vereinbarung und gegenseitigen Verständigung, nie aber durch Vergewaltigungen erreicht werden, die an sich schon mit dem Begriffe einer freieitlichen Verfassung im Widerspruche stehen.

Wir erkennen die Festigkeit in der Handhabung bestehender Gesetze als Grundbedingung jeder staatlichen Ordnung und weisen die Verantwortung für die Folgen auf diejenigen zurück, die sich außerhalb der Verfassung stellen. Wir können jedoch nicht zugeben, daß ihre Anwendung allein jenen Völkern gegenüber gerechtfertigt erscheinen kann, die den Boden der Verfassung vor einiger Zeit verlassen zu wollen schienen, jetzt aber, obwohl zögernd, ihn wieder betreten haben.

Das Herrenhaus hält es daher für eine bringende Aufgabe der gesetzgebenden Gewalt, vor allem diese insoweit zufriedenzustellen, als es die Interessen des Gesamtreiches gestatten. Hierdurch würde die Zahl der Unzufriedenen immer kleiner werden, die Theilnahme an der Gesamtvertretung praktischen Werth erlangen, da-



her in den Augen der bisher Widerstrebenden gewinnen, die Geister würden sich allmählig versöhnen, die blinde Leidenschaft einer ruhigen Ueberlegung Platz machen.

Das Herrenhaus ist von der Ueberzeugung durchdrungen, daß diese Grundlage, deren Durchführung allerdings mit vielen Schwierigkeiten verbunden sein wird, welche ebenso des festen Ernstes und der beharrlichen Ausdauer, aber auch des Entgegenkommens der Regierung nicht entbehren kann, dennoch einzig und allein die Möglichkeit darbietet, unserem Vaterlande einen sicheren Bestand auf constitutioneller Grundlage zu verschaffen.

Und die Hoffnung auf eine glückliche Zukunft ist es, welche dem Herrenhaus den Muth und die Kraft verleiht, ungeachtet der schwierigen Zeitverhältnisse auch in dieser Session den zu lösenden Aufgaben seinen ausdauernden Eifer zu widmen.

In diesem Sinne wird es die Wahlen in die Delegation vornehmen, wie es die erhöhte Bedeutung nicht verkennen, welche für die Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten gerade im gegenwärtigen Augenblicke erwächst."

Fürst Carlos Auerperg sagt, die Regierung habe ihren mit allgemeinen Beifall aufgenommenen Standpunkt der Neutralität bei den Wahlen des Großgrundbesitzes in Böhmen aufgegeben, von welchem ein Theil als kräftige Stütze der Verfassung bekannt ist, und dadurch den Wahlsieg theilweise jener Partei verschafft, welche sich zur Enthaltenspolitik in der Reichsrathsbesprechung bekannte. Das von Graf Falkenhahn beantragte Amendement zu Article 3 sei nichts als eine neue Adresse. Redner schließt mit den Worten: Wenn wir diese Richtung annehmen, gutheißen wollten, so würden wir von allen Jenen uns entfremden, welche bisher zur Verfassung gehalten haben und welche das Herrenhaus als den Hort der Verfassung und den Hort Oesterreichs angesehen haben.

Ritter v. Schmerling bezeichnet das Amendement Falkenhahn als eine Gegenadresse. Es sei eine ganz merkwürdige Sprache in Oesterreich, heute noch von starrer Centralisation, von einem Behandeln einzelner Königreiche und Länder nach einer Schablone zu reden. Im Gegentheil sei man in Oesterreich dahin gekommen, daß man nur mühsam und mit aller Kraft für die Existenz des Reiches kämpfen müsse. Gegenwärtig sei der Zustand der Legislation und der Verwaltung derart, daß die Regierung beinahe gar keine Kraft und Energie entwickeln könne. Bei der Verfassungsrevision vom Jahre 1867 habe die Regierung der Ansicht gehuldigt, daß keine andere Aenderung vorzunehmen sei, als jene, wonach den Königreiche Ungarn eine selbstständige Stellung eingeräumt werde. Damals habe die Regierung selbst nicht daran gedacht, die Kompetenzbefugnis des Reichsrathes zu Gunsten der Königreiche und Länder zu schmälern. Erst im Laufe der Verhandlungen sei dieses traurige Resultat hervorgekommen, und da sei es insbesondere das Herrenhaus gewesen, welches jenen Verifikationen entgegengetreten sei, wodurch die Kompetenz des Reichsrathes hätte geschmälert werden sollen.

Eine Menge von dem, was im Octoberdiplom als gemeinsam bezeichnet wurde, sei in der Decemberverfassung leider alterirt worden, daher schon diese, wenn man von Centralisation sprechen wolle, demselben gegenüber einen Rückschritt gemacht habe. Die Anträge des Grafen Falkenhahn seien den bisherigen Anschauungen des Herrenhauses diametral entgegengesetzt. Der Abgeordnetenstreik sei eine neue Erfindung. Es sei kein Grund vorgelegt, die verfassungstreuen Landtage aufzulösen. Die Commission spreche aus, daß nur in der Verfassung das Mittel geboten sei, die widerstrebenden Elemente in die gehörige Bahn zu bringen.

Berichterstatler Graf Auerperg stellt den Antrag, daß, nachdem die Discussion sich bereits über die Absätze 4 bis inclusive 11 ausgedehnt hat, die Absätze schon gegenwärtig in die Discussion genommen werden mögen, was angenommen wird.

Se. Excellenz Ackerbauminister Freiherr v. Pettrino erklärt in Entgegnung der Angriffe auf seine Thätigkeit als Abgeordneter, er sei als solcher vor allem seinem Gewissen und seinen Wählern verantwortlich und nimmt für sich dasselbe Recht politischer Ueberzeugung wie seine Angreifer in Anspruch. Wenn übrigens versucht werde, durch ausnehmendes Lob des Cabinetpräsidenten die anderen Mitglieder des Ministeriums in Schatten zu stellen, so müsse er, wie schon gestern geschehen, diesen Hymnus zurückweisen und erklären, daß die Solidarität die einzige Richtschnur der Regierung sei. Was die Auflösung des Reichsrathes und der Landtage betrifft, so wird der Regierung der Vorwurf gemacht, daß sie an das Volk, auf dessen Willen man sich zu berufen beliebt, appellirt hat. Man gebe ja durch diesen Appell an die Wähler dem Abgeordneten Gelegenheit, mit seinen Wählern in Berührung zu kommen, ihre Bedürfnisse kennen zu lernen; Ablürzung der Mandatsdauer sei stets ein Hauptgrundsatz einer liberalen Verfassung gewesen. Vom Standpunkte des Constitutionalismus sei also die gegen die Regierung wegen der Auflösung der parlamentarischen Körper geübte Kritik nicht berechtigt, dieselbe müsse ein anderes Motiv haben, und das sei darin gelegen, daß die Mehrheit in dem Appell an das Volk einen Angriff auf die in ihrem Besitze befindliche

Macht erblickt. Wenn dem aber so sei, so stehe die Adresse nur auf einem Parteistandpunkte. Ferner sei in dem Falle eines Conflictes zwischen Regierung und Vertretung wohl nur die Entscheidung durch die Krone möglich, und in dieser Beziehung sei in der Adresse eine Kritik enthalten, welche keinem der beiden Häuser zustehen könne. Die Regierung schließe sich dem Amendement Falkenhahn insofern an als in demselben die Principien einer ausgleichenden Versöhnung Ausdruck gewonnen haben. Indem der Adressentwurf der Majorität der Commission im Punkte 4 ausspricht, daß die Vereinbarung und Verständigung auf dem Boden der Verfassungspolitik eine Unmöglichkeit ist, sagt er, wie das Amendement Falkenhahn ganz richtig ausgesprochen hat, daß eine constitutionelle Regierungsform für Oesterreich unmöglich ist. Wenn man der Regierung vorwirft, ihre Ausgleichsidee leide an Unklarheit, so müsse er den Gegnern entgegenhalten, daß auch unter ihnen bisher in Bezug auf die Mittel, Widerstrebende zu freiwilliger patriotischer Mitwirkung heranzuziehen stets Unklarheit geherrscht habe. Die directen Wahlen hat ein Redner selbst als ein wenig entsprechendes Mittel erklärt, da er über ihr schlechtes Resultat klagte. Er wolle nicht voraussetzen, daß unter den von den Gegnern gemeinten Mitteln auch unconstitutionelle in Aussicht genommen seien. Man scheine einen Verfassungszwang zu wollen. Man will Pressefreiheit nur für die eigene Partei. Er (der Minister) speciell könne doch gewiß nicht zu denjenigen gerechnet werden, welche, weil sie sich auf der Ministerbank befinden, von den Blättern besonders schmeichelt behandelt werden (Heiterkeit). Wenn man der Thronrede den Vorwurf mache, daß sie die Details der Gesetzentwürfe nicht vorgelegt habe, welche sich auf die Revision unserer Staatsgrundgesetze beziehen, so müsse er darauf hinweisen, daß sie es als Aufgabe beider Häuser bezeichnet habe, mit Mäßigung und Gerechtigkeit jene Maßregeln zu beraten, welche geeignet sein werden, der Verfassung den Boden zu sichern, auf welchem die einzelnen Bedürfnisse ausgesprochen. Sache der Thronrede könne es aber nicht sein, die Momente schon aufzuzählen, welche im Laufe der Verhandlungen zum Ausdruck kommen werden. Die Commission beschränke sich darauf, die Form der Verfassung zu wahren, gebe aber ihr Wesen preis. Die Anschauungen, welche die Commission in den Absätzen 7 und 8 niedergelegt hat, widersprechen den obersten Principien jeder freien Verfassung. Die Absätze 3 bis 10 des Entwurfes sind eine Parteischrift, ja eine Parteischrift der extremen Parteien. Sie stehe wie alle Extreme auf demselben Boden wie die Gegner der Reichsverfassung. Aus der ganzen Debatte ergebe sich, daß der größte Vorwurf gegen die Regierung nicht die Auflösung aller Landtage, sondern vor allem die Auflösung des böhmischen ist. Es sei hier aber nicht der Ort, einen heftigen Streit zwischen zwei Parteien in dieses Haus zu übertragen, es sei vielmehr die Aufgabe desselben, die Interessen der Gesamtheit sich vor Augen zu halten. Die Regierung, welche allen extremen Parteien den gleichen Widerstand im Interesse des Ganzen entgegenstellen muß, befindet sich gewiß in einer sehr ungünstigen Lage. Sie harret aber auf diesem Punkte aus, weil sie die Ueberzeugung hat, daß es ihre patriotische Pflicht ist, diesen Standpunkt einzunehmen. Die Regierung habe bisher sich stets an die correcten verfassungsmäßigen Mittel gehalten, und seien denn die Zeiten schon so lange vorüber, wo diese Mittel nicht mehr die entsprechende Wirkung zu machen vermochten? Die jetzige Regierung sei nicht allein für die jetzigen Zustände verantwortlich. Die Adresse könne mit mehr Recht eine Kriegserklärung genannt werden, als das Verhalten der Regierung. Sie sei eine Kriegserklärung gegen alle Andersdenkenden, die sich den alleinseligmachenden Dogmen einer Partei nicht unterwerfen wollen. Compromisse seien aber die Seele des Parlamentarismus, nirgends aber sind sie dies mehr als in Oesterreich. Die Regierung müsse dem Entwurf entschieden entgegengetreten und könne sich nur mit dem Amendement Falkenhahn in der Hauptsache einverstanden erklären. Die Regierung glaubt, daß der heutige Moment ein solcher ist, wo sie entschieden und unverhohlen es als die dringende Pflicht aussprechen muß, eine Verständigung, ein Zusammengehen, ein patriotisches Zusammenwirken aller Völker zu ermöglichen, um dem Staate seine frühere Kraft und Bedeutung wieder zu verschaffen.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, kann die Regierung dem vorliegenden Entwurf keine Billigung geben, denn sie hat die Ueberzeugung, daß gegen die Macht der Wahrheit, der Gerechtigkeit, gegen die Macht des dringenden Bedürfnisses eines Staates geflügelte Worte und schön gesezte Reden gewiß keine Bedeutung haben.

Se. Excellenz Herr Minister des Innern Graf Taaffe rechtfertigt die Regierung gegen den Vorwurf betreffs ihres Vorgehens bei den Landtagswahlen in Böhmen. Ihre Thätigkeit ging nur so weit, zu sorgen, daß die einzelnen Parteien und Gruppen in Freiheit ihre Wahlen vornehmen und nicht durch andere Parteien behindert werden. Bei den directen Reichsrathswahlen mußte die Regierung nach den früheren Erfahrungen trachten, jener Partei zum Siege zu verhelfen, welche ihr näher stand, nämlich der Verfassungspartei; das einzige Mittel war die Aufstellung einer Candidatenliste

und der Versuch, mit der verfassungstreuen Partei ein Compromiß abzuschließen. Auf der Liste bestand die Majorität aus Personen, die auch die verfassungstreue Partei als Candidaten aufgestellt hatte, und die übrigen Persönlichkeiten waren solche, von denen bekannt ist, daß sie auf dem Boden der Verfassung stehen. Wäre ein Compromiß zu Stande gekommen, so wären sicher alle 15 Candidaten ins Abgeordnetenhaus gewählt worden und auch dort erschienen. Dies Compromiß kam aber nicht zu Stande und die Regierung konnte von ihrer Liste, die sie aufstellen mußte, nicht abgehen, denn hätte sich die Regierung vollkommen von A bis Z der von der Verfassungspartei aufgestellten Liste angeschlossen, so hätte sie in diesem Falle ihren Zweck nicht erreicht, denn es hätten viele, die ihre Vollmachten der Regierung zu Gebote gestellt haben, wenn sie auch nicht mit der anderen Partei gegangen wären, sich doch ganz gewiß von der Wahl ferne gehalten; dies lehrt auch die bei den früheren Landtagswahlen gemachte Erfahrung, die Regierung mußte daher von ihrem Princip, auf die Wahlen keinen Einfluß zu nehmen, abgehen, und gerade das beweist, daß es ihr darum zu thun war, die Bestimmungen der Verfassung zur Wahrheit zu machen und mit dem Gesetze über die directen Wahlen, das von dieser Regierung zum ersten male in Anwendung gebracht wurde, das unter den gegebenen Verhältnissen bestmögliche Resultat zu erzielen.

Se. Exc. Justizminister Ritter v. Tschabuschnigg hebt hervor, daß das parlamentarische Leben die gemüthliche Stille des absoluten Staates ausschließe. Die Regierung könne den Zwiespalt der Parteien nicht im Verordnungswege beseitigen, der übrigens schon zur Zeit der Auflösung des Abgeordnetenhauses vorhanden war. Die Regierung sei auch nicht verantwortlich für die Emationen der Landtage und müsse sich insbesondere dagegen verwahren, daß man ihre Anschauungen, wie dies gestern geschehen, mit jenen der Majorität des böhmischen Landtages identificire. Die Regierung sei nur für ihre eigenen Anschauungen und Ziele verantwortlich. Sie besitze den Landtagen gegenüber keine Disciplinargewalt. Sie sei nicht in der Lage — es wurde gestern Aehnliches behauptet — die Wahlen in den Landtagen zu prüfen, es liegt nicht in ihrer Competenz, sich darüber auszusprechen, ob die Verwahrungen und Erklärungen, welche in den Landtagen eingebracht werden, von Wirkung seien oder nicht. Sie ist nicht berechtigt, zu beurtheilen, ob die Wahlen in das Abgeordnetenhaus, welche nur unter Reserve und Protest stattfanden, Giltigkeit haben oder nicht.

Der § 16 des Staatsgrundgesetzes über die Reichsvertretung setzt fest, daß Instructionen, welche die Wähler den Abgeordneten geben, nicht angenommen werden dürfen, und der § 3 des Gesetzes über die Geschäftsordnung stellt es dem Abgeordneten anheim, zu beurtheilen, ob die Wahlen, also auch jene Wahlen, welche mit ähnlichen Instructionen und Beschränkungen erfolgen, Giltigkeit haben oder nicht.

Die Auflösung des böhmischen Landtages konnte nicht stattfinden, weil sonst nach § 10 der böhmischen Landesordnung gleichzeitig hätten die Neuwahlen für den Landtag ausgeschrieben werden müssen, und es wäre dann der Fall eingetreten, daß der neugewählte Landtag berechtigt gewesen wäre, seine Abgeordneten ins Abgeordnetenhaus zu entsenden, und das Mandat der direct gewählten Abgeordneten wäre an dem Tage erloschen, an welchem der neugewählte böhmische Landtag zusammengetreten wäre. Der Zweck der directen Wahlen wäre also vereitelt gewesen, und wenn der Landtag neuerdings die Wahl in den Reichsrath verweigert hätte, so hätte sich die Regierung in einem circulus vitiosus befunden, aus welchem sie auf diese Weise nie mehr hätte herauskommen können. Der Vorwurf der „Anarchie“, der gegen die Regierung geschleudert worden, sei ungerechtfertigt. Wenn Ausschreitungen stattfanden, gegen welche der Regierung Zwangsmittel zu Gebote standen, so sei sie auch eingeschritten. Beweis dessen die Auflösung von Vereinen, Sistierung der Beschlüsse autonomer Körperschaften, Strafamtshandlungen gegen die clericale Partei wegen der Schulgesetze, gegen die nationale Partei wegen Gewaltthatigkeiten gegen Turner und Bergnügungszüglern, und endlich der große Proceß gegen die social-demokratische Partei in Wien, der ohne Störung von Seite der Bevölkerung durchgeführt wurde und in Folge dessen sich diese Partei in die gesetzlichen Grenzen zurückgezogen hat. Zur Verhängung des Ausnahmezustandes war aber bisher kein Grund vorhanden. Was die Presse betrifft, so sei stets gegen dieselbe eingeschritten worden, wo sich ein strafbarer Inhalt darstellte. Eine einzige Cattung von Delicten, fügt der Minister bei, wurde von der Verfolgung ausgeschlossen, das waren die Schmähungen, welche gegen die Person der Minister vorgebracht wurden. Im Justizministerium ist ein mächtiger „Fascekel“ zu finden, welcher nichts als solche Schmähungen enthält, wie sie von den Staatsanwaltschaften dem Justizministerium vorgelegt wurden, und ich empfehle unserem Nachfolger im Amte, diese Blumenlese sogleich zur Hand zu nehmen, damit er frühzeitig genug seine Nerven stähle und stärke. (Heiterkeit.)

Wenn die Erfolge der Gerichte der Presse gegenüber nicht entsprechen, wenn in zwei der größten Oberlandesgerichtsprengel kein einziges Verdict auf „Schul-



dig" lautete, obwohl durch die beanstandeten Stellen haarsträubende Gesetzesverletzungen begangen wurden, so liege die Schuld darin, daß man die Jury bloß für Preß- und nicht alle Delikte ohne Ausnahme eingeführt habe, in welchem letzteren Falle sich das Rechtsinstitut der Geschworenen in erspriechlicher Weise entwickelt hätte.

Hofrath Unger wendet sich meritorisch gegen die Ausführungen des Justizministers, der den Standpunkt des Angriffes vollkommen verrückt; denn nicht die richterliche, sondern die politische Anarchie wird immer wieder hervorgehoben und nur auf die letztere sei die Spitze der zahlreichen Vorwürfe gerichtet.

Dem Vorwurfe des Strebens nach „Centralisation und Uniformierung“ gegenüber sei nur zu bedenken, ob man unter den jetzigen Verhältnissen in Oesterreich überhaupt noch von einer Centralisation sprechen könne, da doch die Decemberverfassung entschieden föderalistisch gefärbt sei.

Nach persönlichen Bemerkungen des Fürsten Karl Auerberg und Hofraths Neumann beantragt Frh. v. Lichtenfels Schluß der Debatte, der angenommen wird. Es sprechen noch die Grafen Rechberg und Hartig und Fürst Jablonowski. Dieser betont, daß auch die Minorität auf dem Boden der Verfassung stehe und keine Bestrebungen in Schutz nehme oder vertrete, die außerhalb derselben verweilen. Beweis davon sei der Umstand, daß die Minorität durch 18 Jahre mit den Ansichten der Majorität in Widerspruch stehe, und dennoch das Haus besuche und die Remedur nur innerhalb des Hauses anstrebe. Eine solche Verfassungstreue sei vielleicht noch verdienstvoller als die Verfassungstreue jener Mitglieder des Hauses, die immer und bei jeder Gelegenheit in der Majorität sind und waren, allerdings sei es wünschenswerth auch die bisher widersprechenden Elemente der Volksvertretung, die im Abgeordnetenhaus noch fehlen, heranzuziehen, ob das möglich sei, wisse man nicht, aber diejenigen zu halten, die noch da seien, das sei möglich, aber nur dann, wenn man ihr Vorgehen nicht als Verfassungsbruch bezeichne.

Berichterstatter Graf Auerberg betont gegenüber einer Aeußerung des Justizministers — in Folge dessen derselbe den Ausdruck der Unbotmäßigkeit gegenüber dem Rechte und Gesetze lediglich auf dem administrativen und judiziellen Boden gerichtet habe — daß seine Partei nur den politischen Boden im Auge hatte.

Er spreche den Vorwürfen, die man seiner Partei mache, daß sie nämlich den starren Centralismus wolle, jede Bedeutung ab. Er bitte, man wolle doch die Dinge nehmen, die dem Wirkungskreise der Landtage überantwortet werden sollen, damit man sie prüfe und im Zulässigkeitsfalle deren Uebertragung an die Landtage befürworte.

Redner kommt nun auf den schon besprochenen Austritt einer Anzahl Abgeordneten und auf das von denselben ausgegangene Memorandum zu sprechen. Der Anführer dieser Auswandererschaa sei nun zum Lohn in den Rath der Krone berufen worden. Wollte man dem Wunsche des Herrn Grafen Falkenhahn, der dahin geht, die Unzufriedenen zu befriedigen, nachgeben, so hieße dies, die Zufriedenen unzufrieden machen, einen Volksstamm unzufrieden machen, welcher der Träger der Bildung, Wohlfahrt und Gerechtigkeit der Monarchie zu sein sich bewußt ist. Er wolle kein Privilegium, aber er könne es nicht zugeben, daß sein Volksstamm zum Heloten werde. Redner wendet sich nun schließlich gegen den Vorwurf, der der Adresse wegen des Anrathens gewaltsamer Mittel gemacht wird, es gebe ja auch sanftere Mittel im Verfassungsebene und erst, wenn diese nicht ausreichen werde er auch gewaltsame Mittel empfehlen.

Bei der hierauf folgenden Abstimmung wird die Adresse, nachdem Fürst Jablonowski einen nicht hinlänglich unterstützten Beisatz in Betreff Regelung der Beziehungen der katholischen Kirche zur Staatsgewalt gestellt, ihrem ganzen Inhalt nach en bloc angenommen und in dritter Lesung zum Beschluß erhoben, und das Präsidium ermächtigt, dieselbe zur Allerhöchsten Kenntnissnahme zu bringen.

In dem gestrigen Berichte über die Adressdebatte des Herrenhauses ist durch einen unliebsamen Zufall der Schluß weggeblieben, welchen wir daher der Vollständigkeit wegen hier nachtragen.

Graf Potocki als Ministerpräsident betonte die Solidarität der Regierung, welcher er sich nicht entziehen könne. Er sagte:

„Zugleich muß ich bemerken, daß Herr Hofrath Unger, wie ich glaube, meine Worte nicht richtig verstanden hat, denn ich sagte, daß, als ich zum Minister ernannt und meine Bildung eines neuen Cabinets übernommen, es meine Pflicht und meine natürliche Waffe gewesen, zur Auflösung zu schreiben, und daß die Berufung des neuen Ministeriums die Auflösung involvirt hat.“

Ich wiederhole dies, um es klarzustellen, und glaube, daß ich dies sehr deutlich bereits das erste mal erklärt habe. Ich motivirte dadurch den Vorwurf, den ich dem Entwurfe der Adresse gemacht habe, weil dieser Vorwurf nach den Explicationen, die zu geben ich die Ehre hatte, nicht an das Ministerium gerichtet werden könnte, sondern weit über das Ministerium zielen würde. Die natürliche Konsequenz der Bildung eines neuen Ministeriums unter den damals

obwaltenden Verhältnissen war nämlich die Auflösung des Reichsrathes, resp. der Landtage.

Ich glaube, daß dies ein constitutionelles Recht ist, welches mir eingeräumt war von dem Momente an, als ich durch die Gnade Sr. Majestät zum Ministerpräsidenten ernannt worden bin.“

Mit einem kurzen Resumé des Berichterstatters schloß die Sitzung.

## Kriegschronik.

Das Gefecht von Dreux am 17. scheint durch einen Flankenmarsch der vereinigten Loire- (60—70000 M.) und Westarmee (Freischaren der Bretagne, unter Kératyn) veranlaßt worden zu sein, der zum Zweck hatte, sich mit der Nordarmee des General Bourbaki zu vereinigen (8—10000 M.). Durch die Zurückwerfung der Franzosen ist die Cernirungsarmee von Paris vor aller Belästigung gesichert.

Die „Presse“ schreibt über die durch diese Kämpfe geschaffene Lage:

Die Loire-Armee hält ihre Positionen inne und nur ein Theil, nur die äußersten Spitzen ihres linken Flügels, wurden aus Dreux vertrieben. Der Großherzog von Mecklenburg hinwieder steht mit dem Gros seiner Truppen noch immer vor Tours und hatte am 17. November nur eine Division seiner Armee gegen Dreux detachirt. Trotzdem also eigentlich die französische Aufstellung im Südwesten von Paris im Großen und Ganzen durch die Kämpfe vom 17. keine wesentliche Verschiebung erlitten hat, wird die Situation Paladine's mit jedem Momente eine bedenklichere. Die Truppen, welche Bourbaki der Loire-Armee zugeführt, sind nicht so bedeutend, als die Nachtheile, die in der Preisgebung des Nordens für Paladine liegen. Mantouffil hat freie Hand bekommen; ein Armeecorps genügt, um die Mobilgarde des Nordens zu zerstreuen und die Festungen zu beobachten, das andere wird zur Action gegen die Loire disponibel, und wir müßten uns sehr täuschen, wenn Mantouffil in Folge dieser veränderten Umstände nicht um Paris herum gegen Südwesten vorginge und den linken französischen Flügel faßt. Der Großherzog mit 70.000 Mann im Centrum und Prinz Friedrich Karl's beide Corps, etwa 70.000 Mann, in der rechten Flanke; diesem concentrischen Angriff könnte die Loire-Armee nicht Stand halten. Damit also, daß Bourbaki der Loire-Armee 10.000 Mann zuführte, hegte er ihr unter gleichzeitiger Preisgebung von drei reichen Provinzen 30.000 Mann auf den Hals. Lange wird übrigens der deutsche Offensivstoß im großen Maßstabe gegen die Loire-Armee nicht mehr auf sich warten lassen, weil Prinz Friedrich Karl am 14. d. Etampes mit dem 9. Corps bereits erreicht hat. Sein zweites Corps, das 7. wird sich von Sens aus höchst wahrscheinlich in gerader Richtung westwärts gegen Orleans gewendet haben. Hiemit ist das Manöver der vollständigen Umklammerung der Loire-Armee eingeleitet und General Paladine wird gut thun, sowie die deutsche Offensive ihren Anfang nimmt, ohne Kampf auf der ganzen Linie zurückzugehen.

Aus Tours wird unter dem 15. November telegraphisch gemeldet:

Der General Aurelles de Paladine ist zum Obercommandanten der Loire-Armee ernannt worden. Die Präfecten sind ermächtigt, die Anerbieten anzunehmen, welche ihnen betreffs des Einschmelzens der Glocken, um Kanonen daraus zu machen, gemacht werden.

Der Minister des Innern zu Tours hat folgende Depesche an die Präfecten gerichtet:

Tours, 14. November. Nichts Neues bei Orleans. Die Preußen setzen ihre Requisitionen in Sens und in den benachbarten Dörfern fort. Dem Vernehmen nach rückt ein drittes Corps auf Tonnerre. Auxonne steht auf dem Punkte, eingeschlossen zu werden. La Fère erwartete gestern seine Einschließung. Ein preußisches Corps marschirt von Rheims auf Cambrai. Zu Saint-Pierre-le-Bois (Oise) wurde eine preußische Patrouille von zehn Mobilgarden der Cadéche und zehn Freischützen von Caen überfallen. Neun Preußen wurden getödtet und einer gefangen genommen. Achtundvierzig Uhlanten, am 13. in Remours angekommen, wurden des Nachts von den Mobilien von Chateau-Landon, denen sich Nationalgarden angeschlossen, gefangen genommen.

Ein vom 17. datirtes, in süddeutschen Blättern enthaltenes Telegramm aus Tours lautet:

Garibaldianer verübten in Autun Disciplinarwidrigkeiten und Ungefehrlichkeiten, in Folge deren die Regierung die strengsten Maßregeln ergriff. Der „Moniteur“ tadelt das Vorgehen des Obersten Bodone, der ein Kriegsgericht einsetzte und dem Civilgerichte zustehende Befugnisse sich anmaßte. Die Armee des Prinzen Friedrich Karl rückt unaufhaltsam von der Yonne (Nebenfluß der Seine) nach der Loire vor. Das (10.) Corps Voigte-Rhey kam, 20.000 Mann stark, gestern in Tonnerre (südlich von Troyes, am Armançon) an.

Der Tours-Correspondent der „Independance“ meldet unterm 19. November: Seit dem 7. d. sind wir ohne alle Pariser Ballon-Nachrichten und Briefstauben-Verbindung.

Der Bischof von Angers hat die Entscheidung getroffen, daß die zum Kriegsdienste zu schwach befundenen Seminaristen als Krankenwärter in der Armee die-

nen, die Uebrigen aber die Befugniß zum Eintritt in die Mobilgarde zum Zwecke der Vaterlandsverteidigung erhalten sollen.

Preussische Truppen haben am 15. Tergnier stark besetzt.

Ueber die am 18. October stattgehabte Einnahme von Chateaudun erfährt die „Allg. Ztg.“ von einem Officier nachträglich folgende Details:

Die Stadt wurde durch einen polnischen General verteidigt, welcher die Einwohner, unter Androhung sofortiger Erschießung im Weigerungsfalle, gezwungen hatte, an dem Kampfe theilzunehmen. Es waren überall die furchtbarsten, kunstvoll angelegten Barricaden errichtet: vorne Gräben mit eingemauerten Glascherben gespickt; dahinter hohe Erdwälle, Sandsäcke etc.; Haus für Haus mußte erobert und in Brand gesteckt werden, und die deutschen Truppen mußten Nachts in den Straßen zwischen hundert halbverlohten Leichen bivouaciren. Dem Officier traten jetzt noch die Thränen in die Augen, als er von den Schrecken jenes Tages erzählte.

Aus Dijon melden französische Blätter:

Der General, welcher in der Stadt befehligt, ist Prinz Karl, Neffe des Königs von Preußen. Er wohnt bei Herrn de Saint-Seine, Rue Verrerie. Die Erziehungsanstalten wurden von den Preußen nicht beanruhigt. Die Pensionate für junge Mädchen erhielten keine Einquartierungen. Die Preußen respectirten übrigens in allen Städten die Schulen, welche sie als Asyl betrachteten. Die größte Ruhe herrscht in unserer Stadt. Die Läden der Stadt sind fortwährend geschlossen, und die Preußen scheinen nicht die Absicht zu haben, dieselben öffnen zu lassen.

Berlin, 17. November. (Officiell.) Saarbrücken, 17. November. Aus Versailles wird gemeldet, daß der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, dessen (13.) Corps mit dem General v. d. Tann vereinigt ist (als rang-ältester General), den Oberbefehl über die beiderseitigen Streitkräfte übernommen hat. Das zweite Corps (Pommern), unter General Franconi, das bisher zur zweiten Armee (Prinz Friedrich Karl) gehörte, ist definitiv dem Belagerungsheere von Paris und der dritten Armee (Kronprinz von Preußen) einverleibt worden.

Brüssel, 16. November. Man meldet von Lille, daß die Preußen gegen Cambrai marschiren. Einem Gerüchte zufolge würde Bourbaki morgen mit 20.000 Mann sich von Amiens aus in Bewegung setzen, um zu der Loire-Armee zu stoßen. — 17. Ein hier aus Paris eingetroffener amerikanischer Gesandtschafts-Courier signalisirt einen von Trochu vorbereiteten allgemeinen Ausfall. Das „Paris-Journal“ theilt mit, daß die Agents de Change den Beschluß gefaßt haben, jeder Agent, der für ein deutsches Haus nach Beendigung des Krieges eine Ordre effectuire, müsse eine Geldbuße von 100.000 Francs zahlen. Der „Francia“ kündigt an, der Ex-Kaiser werde demnächst nach Arenenberg übersiedeln.

## Tagesneuigkeiten.

— Aus Meran wird unterm 18. d. gemeldet: Der Vorstand des hiesigen k. k. Hauptschießstandes erließ nachstehende Bekanntmachung:

„Ihre Majestät die Kaiserin geruhten huldvollst zu dem Festfreischießen, welches zur Feier Allerhöchsthies Namensfestes am k. k. Hauptschießstande Meran gegeben wird, ein prachtvolles Wörndl-Scheibengewehr zu spenden. Dieses Ehrenfest wird durch den tiefsten Hauptschuß auf der Weisheide gewonnen. Nur tiroler Schützen haben darauf Anspruch.“

— (Religionsunterricht.) Von dem Vater eines Mittelschulenschülers ist das Ansuchen gestellt worden, es möge der als religionslos bezeichnete Sohn als Privatist zur Prüfung aus den Gegenständen der ersten Classe mit Dispens von der Prüfung aus der Religion zugelassen werden. In einem anderen Falle verlangte ein Vater, daß der in die zweite Classe im laufenden Schuljahre eintretende Sohn vom Religionsunterrichte dispensirt werde.

Der Herr Minister für Cultus und Unterricht dem diese Fälle zur Schlussfassung vorgelegt wurden, hat mit Erlaß vom 28. October d. J. folgende Verfügung getroffen:

Die bezeichneten Gymnasialschüler haben nach dem Inhalt der Vorlagen noch nicht jenes Alter erreicht, in welchem nach Art. 4 des Gesetzes vom 25. Mai 1868 jeder Mann ohne Unterschied des Geschlechtes die freie Wahl des Religionsbekenntnisses nach seiner eigenen Ueberzeugung zusteht. Da ferner nicht nachgewiesen ist, daß die im Art. 2 bezeichneten Voraussetzungen vorhanden sind, unter denen ein Religionswechsel der Kinder vor vollendetem 14. Lebensjahre gesetzlich zulässig ist, so muß angenommen werden, daß die erwähnten Gymnasialschüler der Religion angehören, welche ihre Eltern zur Zeit der Geburt dieser Kinder bekannt haben.

Was dagegen Schüler betrifft, die unter den — im vorliegenden Falle nicht eintretenden, gesetzlichen Voraussetzungen — als confessionlos erscheinen, so greifen für dieselben die nämlichen Rücksichten Platz, welche für nicht katholische Schüler an Orten maßgebend sind, wo sie keinen Religionsunterricht ihrer Confession erhalten können; in das Semestralzeugniß wird statt der Note für die Religionslehre die Ursache, aus welcher eine solche entfällt, er-



sichtlich zu machen sein. Die erwähnten gesetzlichen Vor-  
aussetzungen bestehen aber darin, daß

a. nach Art. 4 des Gesetzes vom 25. Mai 1868  
über die interconfeßionellen Verhältnisse der Staatsbürger  
der Austritt der Schüler aus einer Kirche oder Religions-  
genossenschaft vor dem vollendeten siebenten Lebensjahre  
gleichzeitig mit jenem des Vaters oder nach dem voll-  
endeten vierzehnten Lebensjahre selbständig erfolgte, und

b. in beiden Fällen die im Art. 4 deselben Gesetzes  
vorgezeichnete Meldung bei der politischen Behörde erster  
Instanz (Bezirkshauptmannschaft oder Magistrat einer  
Stadt mit eigenem Gemeindestatute) nachgewiesen erscheint.

— (Sonnenfinsterniß.) Bei der bevorstehenden  
Sonnenfinsterniß am 22. December d. J. wird sich Dester-  
reich in Folge der zuvorkommenden Unterstützung des Reichs-  
Kriegsministeriums (Marine-Section) mit einer Expedition  
betheiligen, welche an zwei Punkten der Totalitätslinie in  
Prevefa und an der Küste von Tunis Beobachtungs-Stationen  
errichten wird. Die beiden Astronomen der Wiener  
Sternwarten, Dr. Weiß und Dr. Theodor Ritter v. Dp-  
polzer, bekannt durch ihre trefflichen Leistungen in Athen,  
wo sie die Sonnenfinsterniß des Jahres 1868 beobachteten,  
werden an je einer der zwei Stationen die wissenschaftliche  
Leitung führen. Die anderen Mitglieder der Expedition be-  
stehen aus Seeofficieren, größtentheils der Küstenaufnahme  
zugetheilt, und die Expedition wird unter Befehl des Linien-  
schiffscapitäns Tobias v. Desterreicher, Chef der adriatischen  
Küstenaufnahme, Ende d. M. Triest verlassen. Die diesjährige  
Sonnenfinsterniß ist die letzte totale im Laufe dieses Jahr-  
hunderts, welche über europäische Gebiete hinweggeht, und  
nachdem die Natur der Protuberanzen durch die Sonnen-  
finsterniß des Jahres 1868 so trefflich aufgeklärt worden  
ist, darf man von den diesjährigen Beobachtungen, an wel-  
chen namentlich England durch eine bedeutende Anzahl von  
Stationen in hervorragender Weise sich betheiligt, sichere  
Aufschlüsse über die Natur des Coronallichtes gewärtigen,  
wodurch die Kenntniß der Photosphäre unserer Sonne we-  
sentlich erweitert werden wird. Zu diesem Zwecke wird die  
österreichische Expedition mit vorzüglichen Telespectroskopen  
ausgestattet, und es läßt sich hoffen, daß das zahlreiche Netz  
von Beobachtungs-Stationen längs der Totalitätszone dieser  
Sonnenfinsterniß genügend vom Wetter begünstigt sein wird,  
um mit Hilfe der spectral-analytischen Untersuchungen diese  
Bestrebungen der Wissenschaft wesentlich zu fördern.

— (Explosion.) Abermals ist eine Dynamit-  
fabrik, die von Guttmann und Comp. bei Beuthen in Preu-  
ßisch-Schlesien am 17. d. in die Luft geflogen und hat  
zahlreiche Zerstörungen in der Stadt und Umgegend ver-  
ursacht. Man nennt 15 Tödt und mehrere Beschädigte.

## Locales.

— (Stiftungen.) Vom Magistrat werden heute  
eine Reihe von Stiftungen als erledigt kundgemacht, deren  
mehr oder minder hohen Beträge alle wohlthätigen Zwecken  
dienen und um welche die Bewerbungen bis zum 20. d. M.  
mit den nöthigen Belegen beim Magistrat zu überreichen  
sind.

— (Erledigt) sind beim Landesgerichte in Graz  
eine Rathstelle und der Posten des Staatsanwaltes. Für  
erstere ist der Concurß bis 4., für letztere bis 5. k. M.  
ausgeschrieben.

— (Willard's Kunstcabinet) erhielt aber-  
mals einige neue Gemälde, worunter besonders hervorzu-  
heben: Das Bombardement von Straßburg und die See-  
schlacht bei Lissa im Jahre 1866. Ersteres Gemälde bietet  
ein recht anschauliches Bild der Belagerung dieser Festung.  
Man sieht die Batterien vor der Stadt sowohl als auch  
die Geschütze der Festung in ihrer Tod und Verderben brin-  
genden Thätigkeit, deren Spuren dem Beschauer in brennen-  
den Gebäuden und rauchenden Trümmerhaufen sich darbieten,  
während unausgesetzt noch Granaten und Bomben ihre feu-  
rige Bahn durch den Raum ziehen.

— (Der präparirte Walfisch), der gegen-  
wärtig das schaulustige Publicum in der Sternallee anzieht,  
bietet immerhin ein, wenn auch nur unvollständiges Bild  
jenes riesigen Meerbewohners. Das vorgewiesene Thier ist

nämlich nur ein junges im Alter von angeblich 8 Monaten  
und daher noch bei weitem nicht völlig entwickelt. Es ge-  
rieth während einer Springsfluth an der Küste von Frank-  
reich auf den Strand und wurde so gefangen. Eine Samm-  
lung von Geräthschaften, wie sie beim Fange des Wals  
benützt werden, dann der wirklich unterhaltende und beleh-  
rende Vortrag des Führers machen den Besuch in der  
Schaubude zu einem recht lohnenden.

— (Erdabsturz.) In Folge der andauern-  
den Regengüsse fand gestern am Schloßberge eine Erdab-  
sturzung statt, welche beim Hause Nr. 11 am Hauptplatze  
eine Mauer einbrückte, so daß noch am selben Abende zwei  
Parteien des Hauses aus Sicherheitsrücksichten von der  
städtischen Polizei delogirt werden mußten.

— (Ein Bergabsturz) bei der Krapienabrid-  
ge auf der Südbahnstrecke Steinbrück-Agram schwemmte am  
20. d. M. fünfzig Kasten Eisenbahnbaum sammt Schie-  
nen und Telegraphenstangen in die Save und bedeckte die  
Strecke mit Gerölle. Zwei Arbeiter wurden verschüttet, meh-  
rere sind verwundet.

— (Theater.) Gestern war Herr Stainl un-  
bestritten der Held des Abends. Durch seine prächtige und  
ungezwungene Komik als Bedienter Michel in den „Do-  
mestikenstreichen“ und als Hausmeisterin in der „Vorlesung  
bei der Hausmeisterin“, wo auch die Herren Pennauer  
und Rüdinger verdienstlich mitwirkten, gelang es ihm,  
das Publicum ununterbrochen in Heiterkeit zu erhalten.  
Weniger glücklich war Fr. Fontaine in der Soloscene:  
„Eine vom Theater.“

— (Slovenisches Theater.) Mit der Operette  
„Skrivnost ljubezni“, welche bei der vorgestrigen Vor-  
stellung des dramatischen Vereines zur Aufführung gelangte,  
hat das slovenische Repertoire eine recht glückliche Bereiche-  
rung erfahren. Die Aufführung war vollkommen befrie-  
digend; an erster Stelle glauben wir Herrn Meden nen-  
nen zu müssen, der seinen Part nach jeder Richtung in  
geradezu überraschend gelungener Weise zur Geltung brachte;  
der „Barbier“ des Herrn Valenta war eine köstliche  
Figur — daß dessen gefangliche Leistung nichts zu wün-  
schen übrig ließ, brauchen wir nicht erst zu sagen. Herr  
Capellmeister Schantl bewährte sich auch hier als tüch-  
tiger, umsichtiger Dirigent; das Orchester war vortrefflich.  
In der der Operette vorangegangenen Posse „Živo-mrtva  
zakonska“, die auf Erschütterung des Zwergfels im gro-  
ßen Style berechnet ist, verstanden es Frau Obj und  
Herr Šusteršič durch die erforderliche drastische Dar-  
stellung die besagte Wirkung im vollsten Maße zu erzielen.  
In dem hübschen Lustspiel „Pot skozi okno“ hatte Fr.  
Brus, die übrigen auch in den beiden andern Stücken  
beschäftigt und überall am Plage war, Gelegenheit, ihr  
schönes Talent in besonders vortheilhaftem Lichte glänzen  
zu lassen. Fräulein Jamnik war eine reizende „Ga-  
brielle“ und spielte wie immer sehr brav. Mit unserm Urtheile  
über die Debutantin Fräulein Zupanc wollen wir so  
lange zurückhalten, bis wir vielleicht Gelegenheit ge-  
habt haben werden, sie in einer größeren Rolle zu sehen.  
— Das Haus war sehr gut besucht, das Publicum in  
animirter Stimmung, die sich im Laufe des Abends zu-  
sehehends steigerte. Nicht unerwähnt dürfen wir lassen, daß  
Schantl's neues, mit vorzüglichem Geschick und Ge-  
schmack arrangirtes Potpourri slovenischer Nationalmelodien  
mit wohlverdientem stürmischen Beifall aufgenommen wurde.

— (Die Neutralen oder Desterreich über  
Alles.) Historisch-romantische Enthüllungen aus Europa's  
jüngster Zeit, nennt sich ein Werk, von welchem uns die  
ersten beiden, in A. Harlebens Verlag in Wien erschie-  
nen Lieferungen vorliegen. Der Verfasser soll eine hochge-  
stellte, in viele Geheimnisse der europäischen Politik einge-  
weihte Persönlichkeit sein, welche uns mitten in die Er-  
eignisse der jüngsten Zeit, des französisch-preussischen Krie-  
ges einführt und die Intriguen und Rabalen aufdeckt,  
welche gesponnen wurden, um Desterreich aus seiner heiß  
ersehnten Neutralität herauszureißen und in den blutigsten  
Kampf des Jahrhunderts zu verwickeln.

— (Schlußverhandlungen beim k. k. Lan-  
desgerichte Laibach.) Am 23. November. Franz Vo-  
rišek und Complicen: schwere körperliche Beschädigung;

Johann Moberjan: Diebstahl; Fortunat Presel: schwere  
körperliche Beschädigung. — Am 24. November. Thomas  
Canfar: Todtschlag; Josef Zupančič: Todtschlag; Franz  
Mravljia und Mathias Uleničnik: öffentliche Gewaltthätig-  
keit; Simon Milakar: Todtschlag.

## Danksagung.

Die Stadtgemeindevertretung Tschernembl spricht der  
löblichen Sparcasse-Direction in Laibach für die Spende  
von 100 fl. für die hiesigen Stadarmen und dem Vor-  
steher der Sparcasse, Herrn Richard Janeschitz, für die  
gleichzeitig gemachte Spende aus seinem Privatvermögen  
für die Stadarmen den wärmsten Dank aus.

Tschernembl, am 17. November 1870.

Für den Bürgermeister:

Der erste Gemeinderath Lorenz Kolescham. p.

## Neuette Post.

(Original-Telegramm der „Laibacher Zeitung.“)

Wien, 21. November. Im Abgeordne-  
tenhause wurde die Delegationswahl vorge-  
nommen. Bei Verathung des Gesetzentwurfes  
über Forterhebung der Steuern ward Wikerts  
Antrag, zur Tagesordnung überzugehen, nur  
ungenügend unterstützt; der Antrag Rog', die  
Steuernforterhebung für drei Monate zu be-  
willigen, abgelehnt, dagegen der Ausschus-  
s Antrag auf Steuernforterhebung für weitere zwei  
Monate fast einstimmig angenommen.

Wien, 21. November. (Tr. Z.) Die Regierung  
von Tours hat wegen Anzuges der deutschen Truppen  
ihren Sitz nach Bordeaux verlegt. Der Angriff auf die  
Pariser Forts hat begonnen. Gortschakoff's Antwort an  
Granville lautet friedlich und beruhigend.

## Telegraphischer Wechselkurs

vom 21. November.

5perc. Metalliques 55.40. — 5perc. Metalliques mit Mo-  
und November-Zinsen 55.40 — 5perc. National-Anlehen 64.70.  
— 1860er Staats-Anlehen 91.25. — Vantactien 722 — Credit-  
Actien 245.75. — London 124.75. — Silber 123.25. — k. k.  
Münz-Ducaten 5.95. — Napoleons'd'or 10.09.

## Angelommene Fremde.

Am 20. November.

Stadt Wien. Die Herren: Maurer, Handelsm., von Villach.  
— Waller, Handelsm., von Wien. — Schwarz, Handelsm.,  
von Wien. — Ratansthy, Kaufm., von Wien. — Brodjowin,  
Weinhändler, von Agram. — Capla, von Seidenschaft.  
— Ewinger, Kaufmann, von Kanischa. — Uhl, Privatier, von  
Kärnten.

Gefant. Die Herren: Gallizier, Holzhändler, von Cilli.  
— Spig, Kaufm., von Cilli. — Kaffelitz, Kaufm., von Mattered.  
— Jormann, Pfarrer, von Kolobratz. — Rantig, von Gurl-  
feld. — Jaleskni, von Rann. — Rannicher, von Littai. —  
Eisenstader, von Ungarn. — Priester, von Agram. — Merzen,  
Gold. — Stuller, Kaufm., von Triest. — Pollat, Kaufm., von  
Neumarkt. — Den, Kaufm., von Neumarkt. — Stern, Kaufm.,  
von Agram. — Schwarz, Piller und Klein, Kaufm., von Graz.  
— Breßnitzer, Fabricant, von Sonovich. — Baron Roschitz,  
von Unterfrain. — Ogrinz, k. k. Bezirkshauptmann, von Voitsch.  
— Butscher, Kaufm., von St. Barthelme.

Baierischer Hof. Die Herren: Gulitz, Ochsenhändler, von  
Sefana. — Taninger, Lebzelter, von Cilli. — Paulitz, Ochsen-  
händler, von Triest. — Jellenz, W. ißgärber, von Cilli. —  
— Stern, Handelsmann, von Zwischenwässern.

## Theater.

Heute: Ernani. Oper in 4 Acten von Verdi.

## Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

November	Zeit	Baromet. Stand auf 30° F. reducirt	Temperatur nach Reaumur	Wind	Art und Stärke des W. ißgärbers	Niederschlag in Linien
21	6 U. Mg.	326.73	+ 9.4	SW. mäßig	ganz bew.	10.1
	2 „ N.	326.36	+ 12.4	SW. 3. stark	f. ganz bew.	
	10 „ Ab.	325.83	+ 8.1	SW. schwach	ganz bew.	Regen
Tagüber Strichregen, theilweise gelichtet. Südwest ziemlich stark, Abends Aufheiterung. Nachts Regen. Das Tagesmittel der Wärme + 10.1°, um 7.7° über dem Normale.						

B.-antwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayer.

## Börsenbericht.

Wien, 19. November. Die Börse verkehrte heute in gebesselter Stimmung. Anlagspapiere wie Speculationseffecten gingen höher. Devisen und Comptanten tiefer. Komnte  
sich auch die Börse nicht auf dem günstigsten Stande behaupten, so fällt doch bei einem Vergleich der gestrigen mit der heutigen Notirung die Bilanz zu Gunsten der  
letzteren aus.

A. Allgemeine Staatsschuld.		C. Actien von Bankinstituten.		Geld Waare		Geld Waare	
Für 100 fl.		Geld Waare		Geld Waare		Geld Waare	
Einheitliche Staatsschuld zu 5 pCt.:		Anglo-östrerr. Bank abgsl.		Franz.-Rosenbach-Bahn		Siebenb. Bahn in Silber verz.	
in Noten verzinsl. Mai-November		Anglo-ungar. Bank		Lemberg-Gyern.-Bassyer-Bahn		Staatsb. G. 3% a 500 Fr. „l. Em.	
Februar-August		Bantverein		Lloyd, östrerr.		Südb. G. 3% a 500 Fr.	
Silber		Boden-Creditanstalt		Omnibus		Südb. G. 3% a 500 fl. 87.	
Jänner-Juli		Creditanstalt f. Handel u. Gew.		Rudolfs-Bahn		Südb. G. 2% (1870-74)	
April-October		Creditanstalt, allgem. ungar.		Siebenbürger Bahn		a 500 Fr.	
Steuersanlehen rückzahlbar (1)		Escompte-Gesellschaft, u. ö.		Staatsbahn		Ung. O-Bahn	
Jose v. 3. 1839		Franco-östrerr. Bank		Südbahn		Creditanstalt f. Handel u. Gew.	
1854 (4%) zu 250 fl.		Generalbank		Süd-nordb. Verbind. Bahn		zu 100 fl. 8 W.	
1860 zu 500 fl.		Handelsbank		Theiß-Bahn		zu 10 fl.	
1860 zu 100 fl.		Nationalbank		Tramway		Wechsel (3 Mon.) Geld Waare	
1864 zu 100 fl.		Niederländische Bank		Allg. öst. Boden-Credit-Anstalt		Augsburg für 100 fl. Südb. B.	
Staats-Domänen-Pfandbriefe zu		Vereinsbank		verlosbar zu 5 pCt. in Silber		Frankfurt a. M. 100 fl. detto	
120 fl. 8 W. in Silber		Verkehrsbank		dito. in 33 Z. rückz. zu 5 pCt. in 8 W.		Hamburg, für 100 Mark Banco	
B. Grundentlastungs-Obligationen.		D. Actien von Transportunterneh-		Nationalbank auf 8 W. verlosb.		London, für 10 Pfund Sterling	
Für 100 fl.		mungen.		zu 5 pCt.		Paris, für 100 Francs	
Böhmen zu 5 pCt		Alföld-Fiumaner Bahn		F. Prioritätsobligationen.		Cours der Geldsorten	
Galizien „ 5 „		Böhm. Westbahn		a 100 fl. 8 W. Geld Waare		k. Münz-Ducaten 6 fl. — tr. 6 fl. 2 fr.	
Nieder-Österreich „ 5 „		Carl-Ludwig-Bahn		Allg. öst. Boden-Credit-Anstalt		Napoleons'd'or 10 „ 17 „ 10 „	
Ober-Österreich „ 5 „		Donau-Dampfschiff. Gesellsch.		verlosbar zu 5 pCt. in Silber		Vereinsbank 1 „ 85 „ 1 „ 86 „	
Siebenbürgen „ 5 „		Elisabeth-Westbahn (Lin. = Bud-		dito. in 33 Z. rückz. zu 5 pCt. in 8 W.		Silber 124 „ 25 „ 124 „ 75 „	
Steiermark „ 5 „		weiser Strecke)		Franz-Josephs-Bahn		Krainische Grundentlastungs-Obligationen, Pri-	
Lingau „ 5 „		Ferdinands-Nordbahn		Carl-Ludwig-B. i. S. verz. l. Em.		vatnotirung: 86. — Geld, — Waare.	
		Fünfschöden-Barcar-Bahn		Dester. Nordwestbahn			